

GERHARD L. WEINBERG

SCHACHTS BESUCH IN DEN USA IM JAHRE 1933

Es ist sicherlich bezeichnend, daß es zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und den Vereinigten Staaten im Jahrhundert der persönlichen Diplomatie nur zu einem einzigen direkten Kontakt auf ministerieller Ebene gekommen ist. Es verlohnt sich, diese Begegnung näher ins Auge zu fassen, weil dabei nicht nur die schwebenden Streitpunkte, sondern auch einige Grundfragen der damaligen deutsch-amerikanischen Beziehungen ins Licht rücken.

Am Morgen des 5. Mai 1933 landete Hjalmar Schacht, Präsident der deutschen Reichsbank und Sonderbevollmächtigter Adolf Hitlers, in New York, um mit Präsident Roosevelt, Außenminister Cordell Hull und anderen amerikanischen Regierungsvertretern zusammenzutreffen¹. Unmittelbarer Anlaß seines Besuchs war die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz in London. Die Vereinigten Staaten hatten nämlich angeregt, in Washington vorbereitende bilaterale Besprechungen zu führen; von britischer und französischer Seite waren bereits Delegationen unter Leitung Ramsay MacDonalds und Edouard Herriots mit Präsident Roosevelt in Verhandlungen eingetreten.

Am 7. April 1933 hatte die amerikanische Regierung ihre Einladung neben anderen Ländern auch auf Deutschland ausgedehnt². Der Präsident, so hieß es, würde Reichskanzler Hitler willkommen heißen oder, wenn dieser nicht persönlich erscheinen könne, ein Mitglied des Reichskabinetts oder einen Sonderbeauftragten, sofern die deutsche Regierung nicht den gewöhnlichen diplomatischen Weg vorziehe. Präsident Roosevelt selbst hatte ursprünglich den Wunsch geäußert, mit einem der neuen deutschen Politiker zusammenzutreffen³; doch stellte die Frage, wen man nach den USA entsenden sollte, Berlin vor erhebliche Schwierigkeiten. Der bisherige deutsche Botschafter in Washington, Friedrich von Prittwitz und Gaffron, stand im Begriff, wegen der Machtübernahme Hitlers aus dem diplomatischen Dienst auszuschcheiden. Sein Nachfolger sollte Dr. Hans Luther werden, den Hitler gerade aus dem Präsidium der Reichsbank entlassen hatte, da er Schacht auf diesem Posten wünschte. Luther war noch in Deutschland, als die amerikanische Einladung erging, und er wird kaum von der Möglichkeit entzückt gewesen sein, daß seine erste größere diplomatische Aufgabe durch einen Sonderbeauftragten

¹ Neue Angaben über den Besuch sind in keiner der nach dem Kriege erschienenen wissenschaftlichen Arbeiten über Schacht enthalten: Edward N. Peterson, *Hjalmar Schacht, For and Against Hitler*, Boston 1954, und Earl R. Beck, *Verdict on Schacht* (Florida State University Studies, No. 22), Tallahassee 1955.

² Hull an Edge No. 72 vom 7. Apr. 1933, *Foreign Relations of the United States 1933* (künftig zit.: *United States 1933*), Washington 1950, S. 489–90; Prittwitz an Neurath No. 187 vom 7. Apr. 1933, *Documents on German Foreign Policy, 1918–1945, Series C, Vol. I, Washington 1957* (künftig zit.: *Germany 1933*), No. 145.

³ Prittwitz an Neurath No. 108 vom 16. März 1933, *Germany 1933*, No. 93.

wahrgenommen wurde. Hitler wiederum hatte Luther gewiß nicht von der Reichsbank entfernt, um diesen die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik mitbestimmen zu lassen.

Gleichwohl war das deutsche Auswärtige Amt ursprünglich geneigt, Luther mit den Verhandlungen zu betrauen und ihm Experten der beteiligten Ministerien beizugeben⁴. Norman Davis, der am 8. April in Berlin war, wurde deutscherseits davon informiert, daß man – wenn auch noch keine endgültige Entscheidung gefallen sei – wahrscheinlich Luther nominieren werde, und Davis erhob keinen Einwand⁵. In den folgenden Tagen wurde das Thema von der Reichsregierung erörtert. Hitler dachte daran, Schacht, Alfred Rosenberg oder einen Industriellen nach Washington zu schicken, vielleicht sogar alle drei⁶. Von dem Gedanken, einen Industriellen zu beauftragen, kam man jedoch ab; Rosenberg wiederum wurde Anfang Mai mit einem Auftrag nach London entsandt. Der Vorschlag aber, Schacht mit den Verhandlungen zu betrauen, sagte weder dem deutschen Außenminister Freiherrn von Neurath noch dem Staatssekretär von Bülow zu⁷.

Das Auswärtige Amt erblickte in Roosevelts Aufforderung an Hitler eine bloße Höflichkeitsgeste in Anbetracht der an MacDonald ergangenen Einladung, und es hoffte, von Rom in seinem Bestreben unterstützt zu werden, die Verhandlungen in den normalen diplomatischen Bahnen zu halten⁸. Auch als die Italiener beschlossen, Finanzminister Jung zu entsenden, sah das Auswärtige Amt hierin mit Rücksicht auf die Situation Italiens im Rahmen des interalliierten Schuldenproblems keinen Präzedenzfall für Deutschland⁹. Da in der Folge sowohl Hitler wie der Reichswirtschaftsminister Hugenberg eine Betrauung Luthers mit den Verhandlungen ablehnten, wurde diesem, als er sich bereits auf dem Wege nach Amerika befand, mitgeteilt, daß die Reichsregierung sich später entscheiden werde¹⁰. Auf der Kabinettsitzung vom 22. April hatte Neurath in der Frage der Ernennung Schachts nachgegeben, doch wurde diese erst am 24. April förmlich beschlossen¹¹. Der Regierung der Vereinigten Staaten wurde erklärt, daß Hitler die Einladung

⁴ Memorandum (von Ritter) vom 7. Apr. 1933, ebda., No. 144; Bülow an Hassell No. 84 und Köster No. 180 vom 8. Apr. 1933, Akten des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei, Mikrofilm-Serie 9245, Behälter 3536, pag. E 651 793. (Solche Dokumente werden künftig folgendermaßen zitiert werden: 9245/3536/E 651 793.)

⁵ Notiz von Ritter vom 10. Apr. 1933, Germany 1933, No. 148; Prittwitz an Neurath No. 198 vom 13. Apr. 1933, 9245/3536/E 651 847.

⁶ Bülow an Neurath vom 10. Apr. 1933, Germany 1933, No. 149.

⁷ Ebda.; Neurath an Bülow vom 11. Apr. 1933, 9245/3536/E 651 831-32.

⁸ Bülow an Hassell No. 92 vom 12. Apr. 1933, 9245/3536/E 651 828-29.

⁹ Hassell an Neurath No. 79 vom 12. Apr. 1933, 9245/3536/E 651 839; Ritter an Neurath vom 13. Apr. 1933, 9245/3536/E 651 843.

¹⁰ Ritter an Generalkonsul Krauel im Auftrag von Luther vom 12. Apr. 1933, 9245/3536/E 651 834; Neurath an Prittwitz No. 138 vom 12. Apr. 1933, Germany 1933, No. 149, Anm. 2; Prittwitz an Neurath No. 213 vom 21. Apr. 1933, Germany 1933, No. 174.

¹¹ Protokoll des Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung vom 24. Apr. 1933, Germany 1933, No. 182.

Roosevelts nicht annehmen könne, daß er jedoch Dr. Schacht betraut habe, der am 5. Mai eintreffen werde¹².

Welches waren die aktuellen Probleme der deutsch-amerikanischen Beziehungen, auf die sich die Besprechungen in Washington vermutlich konzentrieren würden? Da gab es die allgemeinen Fragen auf dem Gebiet der Abrüstungsverhandlungen, die damals im Gange waren, und es bestanden technische Probleme wie die Zahlung der amerikanischen Besatzungskosten. Drei Themen waren jedoch von besonderer Bedeutung. Das erste betraf die Frage der internationalen Zahlungen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise. Zwischen Deutschland und Amerika ging es hier in erster Linie um den Transfer der Zinsen und Amortisationen für die in den zwanziger Jahren an Amerikaner verkauften Schuldverschreibungen der deutschen Regierung und der deutschen Gemeinden sowie der Industrieobligationen. Die Regierung Hitler wollte den Transfer unter Berufung auf Mangel an Devisen einstellen. War für Deutschland die Lage auf dem Devisenmarkt in der Tat angespannt, und zwar sowohl infolge der allgemeinen Auswirkungen der Krise wie des besonderen Defizits der Handelsbilanz gegenüber den Vereinigten Staaten, so war dies doch nicht der einzige – wahrscheinlich nicht einmal der wesentliche – Grund für das erstrebte Transfermoratorium. Was die spezifischen Schwierigkeiten für den deutschen Handel mit den USA anging, so wurden sie durch den erfolgten Preissturz amerikanischer Importwaren wesentlich gemildert. Wie Schacht später selbst berichtete, hatte Deutschland beispielsweise im Jahre 1930 für 296 000 Tonnen amerikanische Baumwolle 428 Millionen RM bezahlt, während es im Jahre 1933 für nur 217 Millionen RM 313 000 Tonnen kaufen konnte¹³.

Der allgemeine Mangel an Devisen für Zahlungen an die USA hingegen war ebensosehr vorgeschoben wie wirklich gegeben. Deutschland wollte seinen Verbindlichkeiten in den USA nicht nachkommen, weil es vorzog, seine Devisen dort für andere Zwecke zu verwenden: in erster Linie nämlich für seine Wiederaufrüstung. So bestand kein Mangel an Devisen für den Einkauf von amerikanischen Flugzeugteilen¹⁴; wie Franz Grueger, Leiter der Wirtschaftsabteilung der Reichskreditgesellschaft, es formulierte: „Anforderungen von Devisen für Importzwecke im Rahmen des Wiederaufrüstungsprogramms stoßen auf keine Hindernisse.“¹⁵

¹² Neurath an Luther No. 146 vom 25. Apr. 1933, ebda., No. 185; Luther an Neurath No. 220 vom 26. Apr. 1933, 9245/3556/E 651 932.

¹³ Schacht an Dodd vom 20. Feb. 1934, National Archives, State Department Decimal File 611.6231/384. (Solche Dokumente werden künftig folgendermaßen zitiert werden: State Dept. 611/6231/384.)

Es sei vermerkt, daß dieser Posten fast die Hälfte von Deutschlands Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und 5% der gesamten deutschen Einfuhr im Jahr 1933 darstellte und die Einfuhr aus allen anderen Ländern – Großbritannien und die Niederlande ausgenommen – überstieg. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936, Berlin 1936, S. 253.

¹⁴ Douglas Miller, amtierender Handelsattaché in Berlin, an Willard Thorpe, den Direktor des Büros für Außen- und Binnenhandel, vom 4. Apr. 1934, State Dept. 611.6231/348.

¹⁵ Messersmith an Hull, Depesche No. 2031 vom 17. Mai 1934, State Dept. 862.50/806 (Rückübersetzung).

Auf der anderen Seite konnten sich für Deutschland aus der Nichterfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber den amerikanischen Gläubigern greifbare Vorteile ergeben. Die Weigerung, Zins- und Tilgungsbeträge zu transferieren, mußte zu einem erheblichen Kurssturz der betreffenden Wertpapiere auf dem amerikanischen Geldmarkt führen. Mit den angeblich nicht vorhandenen Devisen konnte Deutschland dann diese Wertpapiere ankaufen, d. h. für einen Bruchteil ihres Nennwerts zurückerwerben¹⁶. Darüber hinaus konnten deutsche Exporte auf Kosten des amerikanischen Obligationeninhabers gefördert werden, indem man deutschen Exporteuren gestattete, einen Teil des Verkaufserlöses deutscher Waren in den USA für den Ankauf der im Kurs gefallen Wertpapiere zu benutzen und sie dann dem ursprünglichen deutschen Schuldner oder einem anderen deutschen Investor für Reichsmark wiederzuverkaufen. Der amerikanische Obligationeninhaber hatte „die Wahl, entweder einen großen Teil seiner ursprünglichen Investition zu opfern, um einen Teil seines Kapitals zu retten und dabei den deutschen Export auf Kosten der amerikanischen Unternehmer zu subventionieren, oder an seinen Obligationen festzuhalten, aber auf den größten Teil seines Jahreszinses zu verzichten und dabei den Verlust seiner gesamten Investition zu riskieren, in der vagen Hoffnung, sein Kapital schließlich zu retten“¹⁷. Daß die unmittelbaren Opfer dieser fragwürdigen Transaktion gerade jene Amerikaner waren, die ihren Glauben an und ihre Freundschaft für Deutschland in barer Münze bezahlt hatten, kümmerte die neuen deutschen Machthaber nicht. Ja, sie waren an den wirtschaftlichen und politischen Vorteilen dieser Operation mit entwerteten Papieren so interessiert, daß sie jeden Gedanken daran ablehnten, sie etwa annullieren zu lassen. Hitler und Schacht waren sich insgeheim darüber einig, daß Deutschland „keiner völligen Annullierung der Schuld zustimmen könne“, gegen die sie ihre öffentlichen Angriffe richteten¹⁸.

Anfänglich hatte die Reichsregierung beabsichtigt, den Transfer schon vor Schachts Abreise nach Washington einzustellen; sie entschied sich jedoch dafür, ihn die bevorstehende Maßnahme dort erklären zu lassen und ermächtigte ihn gleichzeitig, das Moratorium entweder nach seiner Rückkehr oder gar telegrafisch von Washington aus in Kraft zu setzen¹⁹. Dies hinderte Schacht jedoch nicht daran, vor seiner Abreise aus Berlin dem amerikanischen Geschäftsträger zu versprechen, daß während der Verhandlungen keine derartige Politik eingeschlagen würde²⁰.

¹⁶ Für eine kurze Übersicht über die Geschichte der Wertpapiere und ihrer Rückführung während des Jahres 1933 vgl. das Memorandum of the Finance and Investment Division vom 20. März 1934, State Dept. 862.51/3946.

¹⁷ Das Zitat stammt aus einem detaillierten Bericht über das Dollarwertpapier-Einkaufssystem von John G. Erhardt, dem damaligen amerikanischen Generalkonsul in Hamburg, vom 10. Jan. 1934, State Dept. 611/6231/306.

¹⁸ Protokoll des Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung vom 24. Apr. 1933, Germany 1933, No. 182.

¹⁹ Ebd.; Neurath an Luther No. 147 vom 25. Apr. 1933, 9057/5508/E 632736.

²⁰ Gordon an Hull No. 66 vom 26. Apr. 1933, State Dept. 550. S 1 Wash./220.

Das zweite große Diskussionsthema sollten die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz sowie die Maßnahmen sein, welche die beiden Länder entweder vor Konferenzbeginn treffen oder der Konferenz selbst vorschlagen würden. Weder die amerikanische noch die deutsche Regierung war in dieser Hinsicht zu eindeutigen Entschlüssen gelangt. Mit Ausnahme eines amerikanischen Vorschlags (der weiter unten erörtert wird), vorerst auf Zollerhöhungen zu verzichten, hatte keiner der beiden Staaten eine feste Marschroute für London. In beiden Ländern gab es Diskussion und Verwirrung. Die Vereinigten Staaten befanden sich auf dem Wege von einer internationalistischen zu einer nationalistischen Politik im Geldwesen, während sie auf dem Gebiet des Welthandels vom Nationalismus zum Internationalismus überwechseln wollten²¹. Die deutsche Regierung wiederum wandte sich in Finanz und Handel einem extremen Nationalismus zu²². Die grundlegende Divergenz in der Handelspolitik sollte eine Hauptursache für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern werden; aber das war im Frühjahr 1933 noch nicht erkennbar.

Wenn keiner der Partner des bevorstehenden Gesprächs von seinen Absichten auf der Londoner Konferenz bestimmtere Vorstellungen besaß, so war es wahrscheinlich, daß sie sich in dieser Hinsicht mit Allgemeinheiten begnügen würden. Bließ ein drittes Thema von Belang: der fundamentale Gegensatz zwischen der Ideologie des neuen deutschen Regimes und den Idealen der Vereinigten Staaten, Idealen, welche die neue Ära in Washington in zunehmendem Maße herausstellte. In den Jahren vor 1933 hatten sich die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland ständig verbessert. Die antideutsche Hysterie in den Vereinigten Staaten aus der Zeit des Ersten Weltkrieges hatte einer fast ebenso starken Reaktion gegen den Vertrag von Versailles und Amerikas ehemalige Verbündete Platz gemacht²³. Es wäre schwer, eine größere Macht zu nennen, zu der die USA am 1. Januar 1933 bessere Beziehungen unterhielten als zu Deutschland, und das Entsprechende könnte für Deutschland gesagt werden. Infolge des neuen deutschen Regimes wurde das alles anders. War auch die Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen ein langer und allmählicher Prozeß, so begann sie doch praktisch mit Hitlers Machtübernahme. Der lärmende Chauvinismus und die offene Feindseligkeit gegen die Demokratie, welche die neuen deutschen Machthaber bald an den Tag legten, waren nicht dazu angetan, ihnen in der amerikanischen Öffentlichkeit Sympathien zu erwerben.

Namentlich auf zwei Gebieten löste das Verhalten der Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 in den USA ablehnende Reaktionen aus; und zum guten Teil deshalb, weil sie gerade jene Faktoren berührten, die für die bisherigen guten Be-

²¹ Dies ist das Kernstück von Arthur M. Schlesinger Jr.'s Untersuchung in dem Buch *The Age of Roosevelt*, Vol. II, *The Coming of the New Deal*, Boston 1959, bes. S. 260.

²² Vgl. das Protokoll des Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung vom 24. Apr. 1933, *Germany 1933*, No. 182.

²³ Vgl. Selig Adler, *The War-Guilt Question and American Disillusionment, 1918–1928*, *Journal of Modern History* 23 (1951), S. 1–28.

ziehungen wesentlich waren. Der Angriff des neuen Deutschlands auf die kulturelle und literarische Freiheit traf einen Hauptpfeiler der amerikanischen Achtung vor deutscher Leistung. Kaum war Schacht in den Vereinigten Staaten angekommen, da veröffentlichte die amerikanische Presse Listen der Bücher, die von den Nationalsozialisten verbrannt werden sollten²⁴. Den zweiten neuralgischen Punkt bildete das Vorgehen der Partei gegen die Juden. Zu seinen ersten Manifestationen gehörte im Jahre 1933 die „Säuberung“ der deutschen Universitäten, ebenfalls eines Hauptfaktors amerikanischer Bewunderung für Deutschland. Eines der ersten Gespräche Cordell Hulls mit Luther war der Judenverfolgung gewidmet²⁵; die Akten des State Department aus dieser Zeit sind voll von Protesten amerikanischer Einzelpersonen und Organisationen aller Art, und während Schacht am 10. Mai in Washington war, führte Generalmajor O’Ryan von der New Yorker 27. Division einen Protestmarsch von 100 000 Menschen durch New York City. Amerikanische Staatsbürger wurden in Deutschland auf der Straße tötlich angegriffen, weil sie nicht den Hitlergruß erwiesen oder nur deshalb, weil sie Juden waren. Damals begann die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten jene Wendung gegen Deutschland zu nehmen, die im Zweiten Weltkrieg einen Höhepunkt erreichte. Es war nicht anzunehmen, daß diese Dinge bei den Gesprächen Schachts mit den amerikanischen Unterhändlern außer Betracht bleiben würden.

Am 28. April war Schacht nach Amerika abgereist. Kurz zuvor hatte er die Reichsbank veranlaßt, dem Propagandafonds des Außenpolitischen Amtes der NSDAP eine Spende zu überweisen²⁶. Während er noch auf hoher See war, instruierte das Auswärtige Amt die Auslandsmissionen hinsichtlich des bevorstehenden Transfermoratoriums. Die deutschen Schuldner sollten ihre Zahlungen an eine neue deutsche Konversionsbank leisten, die auf die eingezahlten Beträge 3% Zinsen nach dem Ausland transferieren würde. Der Transfer der Kapitalbeträge selbst war sozusagen *ad calendae graecas* verschoben, sofern es Deutschland nicht inzwischen gelang, Forderungen auf jene Kapitalien von den Gläubigern zurückzuerwerben (und zwar zu einem Spottpreis, der sich aus der Unwahrscheinlichkeit einer Einlösung der Papiere zum Nennwert ergab). Ursprünglich sollte auch zugunsten der Dawes- und Younganleihen keine Ausnahme gelten; dagegen waren besondere Vereinbarungen vorgesehen zum Schutze deutscher Interessen mit pfändbaren Vermögenswerten im Ausland, wie z. B. Schiffahrtsgesellschaften²⁷. Es sollte Schachts Aufgabe sein, die Ankündigung dieser Maßnahme vorzubereiten.

Während die Deutschen ihr Transfermoratorium planten, hatten die Amerikaner eine andere Art von Moratorium im Sinn. Cordell Hull begann seine Bemühungen um einen Abbau der Zollschranken mit der Aufforderung an alle Nationen, einem

²⁴ New York Times vom 6. und 11. Mai 1933.

²⁵ Memorandum von Hull vom 3. Mai 1933, United States 1933, II, Washington 1949, S. 352–54; Cordell Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, New York 1948, Vol. I, S. 236–37.

²⁶ Kurt G. W. Lüdecke, *I Knew Hitler*, New York 1937, S. 643.

²⁷ Rundschreiben des Auswärtigen Amtes vom 5. Mai 1933, *Germany 1933*, No. 211.

zollpolitischen „Waffenstillstand“ zuzustimmen, bis sich die Weltwirtschaftskonferenz mit diesem Problem beschäftigen könne²⁸. Die deutsche Reaktion war äußerst zurückhaltend; nach erheblicher Verzögerung und heftigen internen Debatten erteilte die Reichsregierung eine ausweichende Antwort²⁹. Das Haupthindernis im deutschen Kabinett war Hugenberg. Er hatte einen seltsamen Plan einer „Entschuldungsabgabe“ entworfen, zu dessen Unterstützung niemand sonst innerhalb oder außerhalb der Reichsregierung zu bewegen war, während sein Urheber befürchtete, der Plan könnte durch jenen zollpolitischen „Waffenstillstand“ für immer unausführbar werden³⁰. Hull griff das Thema anlässlich seiner ersten Unterredung mit Schacht am 6. Mai auf³¹. Wegen der Bedeutung der übrigen Punkte, die bei dieser ersten Besprechung erörtert wurden (wovon noch die Rede sein wird), drängte Schacht in Berlin stark auf eine Zustimmung deutscherseits³². Da Hugenberg hierzu jedoch nicht gewillt war³³, wurden Schacht und Luther entsprechend informiert³⁴. Und erst als Schachts Verhalten in Washington die Krise in der Transfer-Frage auslöste, konnte hinsichtlich des „Zoll-Waffenstillstandes“ ein Fortschritt erzielt werden.

Noch am Tage seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten hatte sich Schacht sowohl in New York wie in Washington der Presse gestellt. Er lobte Roosevelt, versicherte, daß Deutschland seinen privaten Schuldverpflichtungen nachkommen werde, und erklärte, „daß wir entschieden gegen jedes Moratorium sind“³⁵. Am 6. Mai traf Schacht bei einem Lunch zum erstenmal mit Präsident Roosevelt zusammen; anschließend ergab sich Gelegenheit zu einer Unterredung³⁶. Schacht

²⁸ United States 1933, I, S. 578–606, passim.

²⁹ Luther an Neurath No. 223 vom 27. Apr. 1933, 9245/3536/E 651943; Auswärtiges Amt an Luther No. 159 vom 3. Mai 1933, 9245/3536/E 651946-46; Auswärtiges Amt an Hoesch No. 111 vom 3. Mai 1933; 9245/3536/E 651980; Ritter an Hoesch No. 120 vom 5. Mai 1933, 9245/3536/E 652010; Neurath an Hoesch No. 123 vom 8. Mai 1933, 9245/3536/E 652020-24.

³⁰ Das Schema selbst ist im Schreiben Hugenbergs an Hitler vom 16. Apr. 1933, Germany 1933, No. 161, enthalten.

³¹ Schr. Schachts No. 3 vom 6. Mai 1933, ebda., No. 214.

³² Schr. Schachts No. 4 vom 7. Mai 1933, 3154/1559/D 669010.

³³ Notiz von Ritter vom 9. Mai 1933, 9245/3536/E 652025.

³⁴ Vgl. bes. Luther an Neurath No. 244 vom 8. Mai 1933, 9245/3536/E 652052; Ritter an Luther No. 177 vom 9. Mai 1933, 9245/3536/E 652053-54; Ritter an Hoesch No. 125 vom 9. Mai 1933, 9245/3536/E 652059-60; Ritter an Luther und Schacht No. 181 vom 9. Mai 1933, 9245/3536/E 652080.

³⁵ New York Times vom 6. Mai 1933, S. 2.

³⁶ Der Verfasser ist Elizabeth B. Drewry, der Direktorin der Franklin D. Roosevelt Library, für einen negativen Bericht über eine Suche in den dortigen Akten verpflichtet. Die folgende Zusammenfassung des Gesprächs basiert auf dem Schreiben von Schacht No. 3 vom 6. Mai 1933, Germany 1933, No. 214; Roosevelt an Hull vom 6. Mai 1933, Peace and War, United States Foreign Policy 1931–1941, Washington 1943, No. 14; Hull an Bingham im Auftrag von Davis No. 98 vom 8. Mai 1933, United States 1933, I, S. 130–31; Hull an Wilson No. 329 vom 8. Mai 1933, United States 1933, I, S. 131; Luther an Neurath No. 242 vom 8. Mai 1933, 3154/1558/D 669018–19; Nancy H. Hooker (Hrsg.), The Moffat Papers,

erkannte schnell, daß die Amerikaner kein bestimmtes und detailliertes Programm für die Weltwirtschaftskonferenz hatten. Roosevelt kam auf die Judenfrage zu sprechen und auf das unablässige Marschieren uniformierter Nationalsozialisten, die in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit Soldaten seien. In Anwesenheit Cordell Hulls plädierte der Präsident für eine Zollsenkung, schlug in Umrissen einen Plan vor, um das Volumen des deutsch-amerikanischen Handels zu erweitern, und wandte sich dann der Frage von Frieden und Abrüstung, namentlich den gerade in Genf laufenden Abrüstungsverhandlungen zu. Luther hatte Staatssekretär William Phillips am Morgen in der gleichen Angelegenheit konsultiert³⁷; Roosevelt ließ deutlich erkennen, daß Amerika zur Lösung des europäischen Sicherheitsproblems eher eine „etappenweise“ Abrüstung Frankreichs befürworten würde als eine deutsche Wiederaufrüstung. Er schlug ein Übereinkommen vor, wonach sich jeder Staat für die Dauer von 10 Jahren verpflichten sollte, keinem einzigen seiner Soldaten zu gestatten, die Landesgrenzen zu überschreiten. Er deutete ferner an, daß die Vereinigten Staaten Deutschland in einer wichtigen Verfahrensfrage, die Luther am Morgen aufgeworfen hatte, unterstützen würden, und tatsächlich ergingen an die amerikanische Delegation in Genf neue Instruktionen³⁸. Der Präsident sprach die Hoffnung aus, Hitler bald einmal zu sehen.

Am Abend dieser ersten Verhandlung mit Roosevelt unterhielt sich Schacht mit dem italienischen Finanzminister, der nach Abschluß seiner Washingtoner Gespräche nach Rom zurückkehren wollte. Er traf auch mit Adolph C. Miller zusammen, einem alten Bekannten, der seit 1914 Mitglied des Federal Reserve Board war. Dieser versprach ihm, vor seiner Abreise von New York am kommenden Wochenende eine Begegnung mit einer kleinen Gruppe prominenter Juden zu arrangieren³⁹. Am nächsten Tag (Sonntag, dem 7. Mai) sprach Schacht mit Eugene Meyer, dem Direktor des Federal Reserve Board. Meyer war ein Gegner des kommenden „New Deal“ und deshalb mit Wirkung vom 10. Mai zurückgetreten. Da er aber noch amtierender Direktor des Board war, informierte ihn Schacht vertraulich über Deutschlands Absicht, den Transfer auszusetzen. Er bemerkte dabei, daß dieser Schritt lediglich aus Courtoisie bis zu seinem Besuch verschoben worden sei, um Roosevelt eine entsprechende Kommentierung der deutschen Maßnahmen zu ermöglichen⁴⁰.

Nachdem Schacht diesen Wink gegeben hatte, bereitete er sich darauf vor, bei

Cambridge 1956, Eintrag vom 6. Mai, S. 95–96; und der etwas verworrene Bericht bei Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 389–91.

³⁷ Hull an Wilson im Auftrag von Norman Davis No. 327 vom 6. Mai 1933, United States 1933, I, S. 128; Luther an Neurath No. 240 vom 6. Mai 1933, Germany 1933, No. 259, Anm. 6.

³⁸ In dem Telegramm an Norman Davis über die Vormittagssitzung mit Phillips schloß Hull: „Das [State] Department ist keine Verpflichtungen eingegangen und will die Angelegenheit Ihrer Entscheidung überlassen.“ In einem späteren Telegramm bemerkte Hull, daß der Präsident „sich in Übereinstimmung mit der deutschen Haltung befand“.

³⁹ Schr. Schachts No. 4 vom 7. Mai 1933, 3154/1559/D 669 009–10.

⁴⁰ Schr. Schachts No. 5 vom 7. Mai 1933, 9245/3536/E 652 050 („to regulate commentaries“).

einem zweiten Gespräch am 8. Mai Hull und Roosevelt in Kenntnis zu setzen⁴¹. Am Morgen trafen Schacht und Luther mit Hull und Sachbearbeitern des State Department zusammen⁴². Bei dieser Unterredung äußerte Schacht, daß Deutschland ein Transfermoratorium erklären werde. Nach seinem eigenen Bericht hat er dabei erneut bemerkt, daß Deutschland nur aus Höflichkeit „diese Aktion bis heute verschoben“ habe. Einem Hinweis in einer späteren amerikanischen Denkschrift zufolge hatte er jedoch nur „die Andeutung fallen lassen [„thrown out“ the „intimation . . .“], daß die deutsche Regierung im Begriff sei, ein vollständiges Transfermoratorium zu erklären“. Schacht versicherte, die Reaktion seiner Gesprächspartner sei vollkommen ruhig gewesen, und es seien keine Einwände erhoben worden. Nach dem Essen sprach er auch Roosevelt gegenüber von dem bevorstehenden Schritt. Von amerikanischer Seite existiert über diese Unterredung offenbar keine Aufzeichnung. In seinem telegrafischen Bericht behauptet Schacht, er habe eine ähnliche Äußerung getan wie am Morgen; in seinen Memoiren schreibt er jedoch, er habe erklärt, „daß sich Deutschland voraussichtlich in aller Kürze gezwungen sehen würde, die Zinszahlungen auf die nach Deutschland gegebenen amerikanischen Anleihen einzustellen“⁴³. Die Verwechslung zwischen Zinszahlung und Zinstransfer gehört zweifellos zu den vielen Gedächtnislücken in Schachts Memoiren; hinsichtlich des Zeitpunktes jedoch, der für den deutschen Schritt vorgesehen war, steht die zitierte Stelle der Memoiren dem amerikanischen Zeugnis näher als die Meldungen Schachts von 1933, da dieser in den Memoiren das Moratorium zwar als eine unmittelbar bevorstehende Möglichkeit bezeichnet, nicht aber als eine bereits getroffene Entscheidung, die noch während seines Aufenthalts in Washington bekanntgegeben werden sollte.

Schacht jedenfalls war nun der Meinung, es seien keine Einwände erhoben worden, und glaubte sogar, daß Roosevelt zugestimmt habe. Noch am selben Abend wies er die Reichsbank telegrafisch an, das Moratorium sofort dem Kabinett vorzulegen, damit die am 10. Mai fälligen Transferierungen vermieden werden konnten⁴⁴. Ebenfalls am Abend des 8. Mai sandte er seinen Bericht über die stattgehabten Gespräche⁴⁵. Am folgenden Mittag instruierte er die Reichsbank, die deutsche und ausländische Presse zusammenfassend zu informieren. Darüber hinaus sollten gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Moratoriums die Gläubiger von Anleihen, für welche die Stillhalteabkommen galten, die während des Hoover-Moratoriums ge-

⁴¹ Die Morgenzeitungen brachten die Nachricht von einer Anzahl von Selbstmorden in Deutschland, besonders von dem Ernst Oberföhrens, bis vor kurzem Fraktionsführer der DNVP im Reichstag. New York Times vom 8. Mai 1943, S. 1 und 5.

⁴² Schr. Schachts No. 7 vom 8. Mai 1933, Germany 1933, No. 215; New York Times vom 9. Mai 1933, S. 2. Der Verfasser hat in den Akten des State Department keinen Bericht über dieses Gespräch gefunden; Hinweise darauf finden sich im Bericht über eine spätere Konferenz, Memorandum von Feis vom 11. Mai 1933, United States 1933, I, S. 532–33.

⁴³ Schacht a. a. O., S. 591.

⁴⁴ Schr. Schachts No. 6 vom 8. Mai 1933, 22.52 Uhr, in Berlin angekommen am 9. Mai, 6.30 Uhr, 9245/3536/E 652055.

⁴⁵ Schr. Schachts No. 7 vom 8. Mai 1933, Germany 1933, No. 215.

troffen worden waren, zum 30. Mai nach Berlin berufen werden, damit auch sie tatsächlich dem Moratorium unterworfen werden konnten⁴⁶. Schacht übermittelte ferner sechs Punkte aus den Besprechungen des Vortages, die wahrscheinlich Verhandlungsgegenstand der Londoner Wirtschaftskonferenz werden würden. Er erneuerte seine und Hulls Forderung nach einer Entscheidung über den „Zoll-Waffenstillstand“ und nahm in Aussicht, seine Arbeit in Washington am nächsten Morgen, dem 10. Mai, zu beenden⁴⁷. Als er diese Nachricht absandte, rechnete Schacht noch damit, am Nachmittag Roosevelt zu sprechen; statt dessen wurde er gebeten, Hull aufzusuchen.

In der Zwischenzeit arbeitete die deutsche Bürokratie in Eile an dem Moratorium. Schachts Telegramm (welches das Startzeichen enthielt) war am Morgen des 9. Mai um 7.30 Uhr in Berlin eingetroffen. Die Briefe und Verordnungsentwürfe waren sämtlich bereits fertig und in Umlauf gesetzt⁴⁸. Die Entwürfe wurden sofort genehmigt; es war geplant, das Kabinett noch am selben Tage zusammenzutreten zu lassen, damit die tags darauf fälligen Transferierungen vermieden werden konnten⁴⁹. Glücklicherweise liefen die Räder der Bürokratie nicht ganz so schnell: am 10. Mai um 3.15 Uhr morgens kam ein Telegramm von Schacht, die Aktion sofort zu unterbrechen⁵⁰. Gleichzeitig wies er die Reichsbank an, den Transfer vorläufig fortzusetzen⁵¹ und die Briefe an die Gläubiger der vom Stillhalte-Abkommen betroffenen Anleihen nicht abzusenden⁵².

Was war in Washington geschehen? Die Regierung der Vereinigten Staaten war hinsichtlich irgendeines deutschen Schrittes in dieser Frage nicht völlig unvorbereitet gewesen. Norman Davis hatte nämlich auf Grund seiner Anfang April in Berlin geführten Gespräche gemeldet, er habe „hier den allgemeinen Eindruck“ erhalten, „daß Deutschland binnen kurzem seinen Schuldendienst für die Staatsanleihen werde verringern müssen“⁵³. Und daß es Deutschland an Devisen fehlte, war allgemein bekannt. Schacht hatte jedoch, wie wir sahen, nicht nur versprochen, daß während seines Aufenthalts in Washington keine neue Politik eingeschlagen wer-

⁴⁶ Schr. Schachts No. 9 vom 9. Mai 1933, 9245/3536/E 652082. Die Stillhalteabkommen sahen die Beibehaltung der Gesamthöhe privater Kredite an deutsche Schuldner vor. Zum ganzen Thema vgl. die treffliche Arbeit von Edward W. Bennett, *Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis 1931*, Cambridge 1962.

⁴⁷ Schr. Schachts No. 10 vom 9. Mai 1933, 9245/3536/E 652083.

⁴⁸ Reichsbank an Hitler No. I 5780 vom 9. Mai 1933, 7188/3191/E 528218–24; Reichsbank an Lammers No. Dev. I 17336 vom 9. Mai 1933, 7188/3191/E 528225–30.

⁴⁹ Notiz Willuhns von der Reichskanzlei vom 9. Mai 1933, 7188/3191/E 528233.

⁵⁰ Schr. Schachts No. 11 vom 9. Mai 1933, *Germany 1933*, No. 217. Der letzte Satz des Originaldokuments, „Bitte keinerlei Veröffentlichung“, fehlt in der Übersetzung.

⁵¹ Schr. Schachts No. 12 vom 9. Mai 1933, 9245/3536/E 652084.

⁵² Schr. Schachts No. 13 vom 9. Mai 1933, 9245/3536/E 652085. Die Anmerkung in der amerikanischen Ausgabe zu diesem Dokument (No. 217, Anm. 5) bezieht dieses irrtümlicherweise auf den Brief an Hitler – ein allerdings internes Schreiben – und nicht auf die Stillhaltebriefe, die natürlich in der Öffentlichkeit bekannt wurden.

⁵³ Gordon im Auftrag von Norman Davis an Hull No. 61 vom 9. Apr. 1933, *United States 1933*, II, S. 219.

den würde, sondern auch bei seiner Ankunft öffentlich erklärt, daß er gegen ein Moratorium sei. Wenn die anfängliche amerikanische Reaktion am 8. Mai wirklich so schwach gewesen war, wie Schacht behauptete, so vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil seine Zuhörer nicht begriffen hatten, daß er eine einschneidende Aktion beabsichtigte, und zwar sofort. Ein Passus in Schachts ergänzendem Bericht über die Unterredungen jenes Tages könnte eine Erklärung für das Mißverständnis liefern. Er informierte Berlin nämlich, der Präsident habe im Anschluß an eine Erörterung von Währungsfragen den Gedanken geäußert, daß eine Lösung des internationalen Schuldenproblems durch Senkung der Zinsraten zusammen mit einer Verlängerung der Amortisationszeit möglich wäre⁵⁴. Roosevelt hat also wohl gemeint, daß Schachts Zukunftsplanungen sich möglicherweise mit seinen eigenen vereinbaren ließen. Offensichtlich aber haben die Amerikaner erst am Morgen des folgenden Tages erkannt, daß Schacht sofort handeln wollte. Vielleicht hatte Eugene Meyer inzwischen über seine Unterredung mit Schacht vom 7. Mai berichtet, vielleicht war aus der deutschen Botschaft etwas durchgesickert, vielleicht war den Amerikanern aber auch erst bei dem Besuch Schachts und Luthers im State Department am Nachmittag des 8. Mai – also nach ihrem Gespräch mit dem Präsidenten – klageworden, daß eine deutsche Aktion unmittelbar bevorstand⁵⁵. Was immer das auslösende Moment gewesen sein mag, die amerikanische Regierung geriet in Erregung. Gerade bemühte sie sich um eine Wiederbelebung des Welthandels, da wollten die Deutschen eine Maßnahme treffen, die amerikanischen Staatsbürgern großen Schaden zufügte – und sie wollten sie verkünden, noch während Schacht in Washington war, so daß die amerikanische Öffentlichkeit den Eindruck erhielt, ihre Regierung heiße den deutschen Schritt gut. Schacht wurde aufgefordert, Hull anstelle von Roosevelt zu einer Besprechung aufzusuchen, welche die beiden Männer sorgfältig vorbereitet hatten⁵⁶.

Der Außenminister erklärte Schacht (am 9. 5.), daß Präsident Roosevelt ihn an diesem Nachmittag nicht empfangen könne. Er übergab ihm eine Botschaft des Präsidenten, in der es hieß, daß dieser über die Entscheidung der deutschen Regierung „äußerst bestürzt“ („profoundly shocked“) sei und ließ Schacht dann eine Weile warten. Auf Schachts verwunderte Fragen nach dem Sinn dieser Mitteilung antwortete ihm Hull, noch nie sei er derart überrascht gewesen, wie als Schacht seine Erklärung abgegeben habe. Zu einer Zeit, da die amerikanische Regierung ihr Möglichstes tue, um ihr Land aus dem Wirrsal heraus zu einigem Wohlstand zu bringen, und dabei die ersten greifbaren Fortschritte erziele, gebe

⁵⁴ Schr. Schachts No. 8 vom 9. Mai 1953, 9245/3536/E 652081.

⁵⁵ Vgl. New York Times vom 9. Mai 1953, S. 2; und der Hinweis in Hull's Erklärung (vgl. unten) zu Schachts Ankündigung „gestern nachmittag“.

⁵⁶ Der folgende Bericht basiert in erster Linie auf Hull's Memorandum vom 9. Mai 1953 über dieses Gespräch, State Dept. 862.51/3988 1/2. Der Entwurf der Mitteilung des Präsidenten, der Schacht übergeben wurde, trägt Roosevelts handschriftliche Korrekturen und sein Signum, ebda. Vgl. auch Hull, I, S. 257–58. Durch Verdrehungen, die für sein Werk bezeichnend sind, behauptet Charles C. Tansill in seinem Buch *Back Door to War*, Chicago 1952, S. 46–48, daß dieser ganze Vorfall erfunden wäre.

er eine solche Erklärung ab – und das auch noch in einem Augenblick, wo er vertrauliche Verhandlungen mit amerikanischen Regierungsvertretern führe. Mit der Behauptung, daß zwischen diesen Verhandlungen und dem deutschen Schritt ein Zusammenhang bestehe, könnten nun „Demagogen und Unruhestifter“ gegen die Bemühungen der Regierung Opposition erregen. Die amerikanischen Obligationeninhaber würden weiteren Schaden erleiden, und jede Maßnahme, welche die Regierung dem Kongreß vorschläge – und hierbei dachte Hull offensichtlich an sein handelspolitisches Programm –, würde nun auf größeren Widerstand stoßen.

Da Schacht die öffentliche Ankündigung des Transfermoratoriums durch die Reichsregierung jeden Augenblick erwarten mußte, war er begreiflicherweise alarmiert und wollte sofort den Präsidenten sprechen. Da Hull dies ablehnte, sah Schacht keinen anderen Ausweg, als seine früheren Weisungen telegraphisch zu widerrufen, seine Besprechung mit Roosevelt am folgenden Tag abzuwarten und seinen Aufenthalt in Washington um einige Tage zu verlängern.

Der 10. Mai war der Tag der großen Bücherverbrennung in Deutschland. Am Nachmittag verhandelten Schacht und Luther anderthalb Stunden mit Roosevelt und Hull über das geplante Transfermoratorium ohne rechtes Ergebnis, obgleich Schacht meinte, eine Entspannung der Atmosphäre zu verspüren⁵⁷. Augenscheinlich hatte Schacht am Morgen vor dieser Konferenz über die Sackgasse nachgedacht, in die sein übereiltes Vorgehen geführt hatte. Den besten Ausweg erblickte er in einem erneuten Versuch, die Reichsregierung zur Annahme des „Zoll-Waffenstillstandes“ zu veranlassen, den nunmehr alle übrigen Länder zu akzeptieren bereit schienen. Schacht teilte deshalb seiner Regierung mit, er habe – zumal in Anbetracht der amerikanischen Reaktion in der Transferfrage – den Eindruck, daß nur eine grundsätzliche deutsche Zustimmung zu dem „Zoll-Waffenstillstand“ Deutschland vor einer völligen Isolierung in dieser Frage bewahren könne. Er werde daher, unter gewissen Vorbehalten im Hinblick auf Deutschlands besondere Lage, dessen prinzipielle Zustimmung erklären⁵⁸.

Da der amerikanische Vorschlag eines „Zoll-Waffenstillstandes“ in Deutschland immer noch Opposition fand, namentlich bei Hugenberg, so konnte nur eine neue Kabinettsitzung in Berlin Abhilfe bringen⁵⁹. Am Nachmittag des 12. Mai sollte das Organisationskomitee der Weltwirtschaftskonferenz in London über eine neue Formel für jenen „Waffenstillstand“ beschließen, und man ging im Auswärtigen Amt von der Annahme aus, daß Schacht am Vormittag durch das Versprechen der deutschen Zustimmung in Washington ein *fait accompli* geschaffen habe. Als das Kabinett um 11.45 Uhr zusammentrat, verlas Neurath ein langes und beredames Plaidoyer⁶⁰. Er wies darauf hin, daß die neue, in London ausgearbeitete Formel elastisch genug sei, um die deutschen Interessen zu schützen, unterstrich die Krise

⁵⁷ Schr. Schachts No. 15 vom 10. Mai 1933, 9245/3536/E 652113.

⁵⁸ Schr. Schachts No. 14 vom 10. Mai 1933, 9245/3536/E 652092.

⁵⁹ Ritter an Schacht No. 183 vom 11. Mai 1933, 9245/3536/E 652094.

⁶⁰ Text des Memorandums in 9245/3536/E 652271–76; Zusammenfassung im Auszug aus dem Protokoll der Kabinettsitzung vom 12. Mai 1933, Germany 1933, No. 224.

in Washington in der Transferfrage und machte sich Schachts erklärte Absicht zunutze, Deutschlands Zustimmung zu versprechen. Damit gelang es ihm, Hitler und das Kabinett – gegen den anhaltenden Widerstand Hugenbergs – für seine Auffassung zu gewinnen. Sogleich wurden neue Weisungen nach London telefoniert und nach Washington gegeben⁶¹. Neurath legte Gewicht darauf, daß Luther bei Mitteilung dieser Entscheidung an die amerikanische Regierung betonen solle, Deutschland habe nur deshalb zugestimmt, weil Schachts Unterredungen in Washington sowie die amerikanische Einwirkung auf die deutsche Botschaft in London die Bedeutung der Frage für die USA erwiesen hätten. Deutschland habe dem amerikanischen Präsidenten seinen guten Willen bezeugt und erwarte nun, daß sein Entgegenkommen Erwidierung finde⁶². Als diese Instruktionen in Washington eintrafen, hatte Schacht jedoch seine Gespräche bereits beendet.

Der 11. Mai war in Washington der Erörterung technischer Fragen gewidmet gewesen. Luther, Schacht und dessen Gehilfen trafen mit Hull, Senator Pittman, William Bullitt, Herbert Feis und Rexford Tugwell zusammen⁶³. Schacht drängte auf die Erörterung von Plänen für eine internationale Finanzierung des Exports von Verkehrsmitteln in unterentwickelte Länder, wohingegen die Ausfuhr von Maschinen, die einer Konkurrenz für die europäische und amerikanische Industrie Vorschub leisten könnten, verhindert werden sollte⁶⁴. Er verlangte außerdem, daß man Deutschland koloniale Möglichkeiten biete. Die amerikanischen Vertreter ihrerseits versuchten die üblen Auswirkungen zu erläutern, die das Transfermoratorium auf die öffentliche Meinung in Amerika haben würde. Sie gaben zu bedenken, daß es für Deutschland besser wäre, mit seinen Gläubigern – die sich über Deutschlands Schwierigkeiten im klaren seien – in Verhandlungen einzutreten, als ihnen eine einseitige Lösung aufzuzwingen. Schacht sagte schließlich Besprechungen mit Vertretern der amerikanischen und sonstigen Gläubiger zu, betonte aber, daß die Zeit dränge. Er würde bei seiner Abreise aus den USA auf dieses Thema zurückkommen.

Schacht sprach Roosevelt zum letzten Mal am Morgen des 12. Mai⁶⁵. Ihre Unterredung war freundlich, wenn auch kaum sehr ergiebig. Schacht gab seiner Absicht Ausdruck, die Gläubiger zu einer Erörterung der Schulden- und Transferfrage nach Berlin einzuladen. Er betonte, daß Deutschland wahrscheinlich wiederaufrüsten müsse; Roosevelt legte dar, daß er Gegner einer Wiederaufrüstung sei. Anschließend

⁶¹ Notiz von Ritter vom 12. Mai 1933, Germany 1933, No. 225; Ritter an Luther und Schacht No. 187 vom 12. Mai 1933, 9245/3536/E 652145–46.

⁶² Neurath an Luther No. 189 vom 12. Mai 1933, 9245/3556/E 652147–48.

⁶³ Schr. Schachts No. 16 vom 11. Mai 1933, Germany 1933, No. 222; Memorandum von Feis vom 11. Mai 1933, United States 1933, I, S. 532–53.

⁶⁴ Schacht nimmt hier den Gedanken Hitlers, die Industrialisierung der unterentwickelten Länder aufzuhalten, auf. Gerhard L. Weinberg (Hrsg.), Hitlers Zweites Buch, Stuttgart 1961, S. 60 und Anm. 1.

⁶⁵ Luther an Neurath No. 225 vom 12. Mai 1933, 3154/1558/D 669 084; Schr. Schachts No. 19 vom 15. Mai 1933, Germany 1933, No. 233 (Hitler sah diesen Bericht, 3154/1558/D 669 116); Hull an Gordon No. 55 vom 20. Mai 1933; United States 1933, I, S. 534.

hatte Schacht ein Gespräch mit Staatssekretär Phillips und fuhr dann nach New York ab. Eine gemeinsame Erklärung von Roosevelt und Schacht für die Presse enthielt wenig mehr als den Ausdruck frommer Wünsche⁶⁶. Am Abend traf sich Schacht mit einer kleinen Gruppe prominenter Juden in New York und versuchte sie zu überzeugen, daß in Deutschland alles gut gehen würde, wenn im Ausland alles ruhig bliebe. Tags darauf, am 13. Mai, sprach Schacht mit Beamten der New York Federal Reserve Bank. Bevor er amerikanischen Boden verließ, gab er eine Erklärung ab, die Deutschlands Mangel an Devisen für Schuldenzahlungen betraf, und kündigte seine Absicht an, gleich nach seiner Heimkehr mit Deutschlands Gläubigern Verhandlungen aufzunehmen⁶⁷.

Schacht verlor in der Tat keine Zeit, solche neuen Verhandlungen in Gang zu setzen. Kaum an Bord, wies er schon die Reichsbank an, die wichtigsten ausländischen Notenbanken – mit Ausnahme der italienischen – telegraphisch für den 25. Mai zu einer Konferenz zu laden. Er bemerkte dabei, dies sei mit der Federal Reserve Bank abgesprochen. Er selbst wollte öffentlich erklären, daß Deutschland weder eine Kapital- noch eine Zinsreduktion verlange und daß es seine Gläubiger nicht unterschiedlich behandeln werde (was dennoch bald geschah). Die ganze Angelegenheit sollte als eine bloße Banktransaktion behandelt werden⁶⁸. Noch ehe Schacht landete, wurden die Telegramme von Berlin abgesandt⁶⁹, obwohl die Konferenz mit den Gläubigern schließlich auf den 29. Mai verschoben wurde. Deutschland schritt alsbald zu einem Moratorium sowie zu besonderen Diskriminierungen amerikanischer Gläubiger. Amerikanische Vorstellungen, wenigstens das Kapital ungeschmälert zu erhalten, wenn schon der Zinsfuß herabgesetzt würde, blieben unbeachtet⁷⁰. Die unterschiedlichen Auffassungen ergaben sich aus der grundsätzlichen Divergenz der Ziele. Die Regierung der Vereinigten Staaten suchte nach Wegen, die Lage des Schuldners zu erleichtern und dadurch das Kapital des Gläubigers zu schützen (wie unter dem New Deal innenpolitisch in Bezug auf Hypotheken); die Reichsregierung wollte den Schuldner auf Kosten des Gläubigers bereichern. Es bestand wenig Aussicht, beides miteinander in Einklang zu bringen.

Die geschilderte Begegnung zwischen amerikanischen und deutschen Regierungsvertretern führte nicht nur zur Erörterung aktueller Fragen, sondern hinterließ auch tiefere Eindrücke von Politik und Persönlichkeiten. Schacht blieb offensichtlich nicht unberührt von der Tatsache, daß die amerikanische Einstellung gegen eine deutsche Wiederaufrüstung sich versteift hatte. Auch erkannte er die starke Wirkung der deutschen antisemitischen Maßnahmen in der amerikanischen Öffentlichkeit und lenkte Hitlers Aufmerksamkeit hierauf. Der Gesamteindruck, den Schacht von seinen amerikanischen Partnern mitnahm, war „sehr negativ“. Der

⁶⁶ United States 1933, I, S. 505.

⁶⁷ New York Times vom 14. Mai 1933, S. 3.

⁶⁸ Schr. Schachts No. 18 vom 14. Mai 1933, 9245/3536/E 652167–68; Schr. Schachts No. 20 vom 16. Mai 1933, 9037/5508/E 632831; Franz Reuter, Schacht, Stuttgart 1937, S. 151.

⁶⁹ Reichsbank an Auswärtiges Amt No. IIa 13596 vom 15. Mai 1933, 9037/5508/E 63828–50

⁷⁰ Vgl. Luther an Neurath No. 287 vom 22. Mai 1933, Germany 1933, No. 259, S. 481–82.

Präsident sei der einzige, der zähle. Sein Kabinett bestehe aus Männern ohne Format. Hull sei „gänzlich ungeeignet“ für seinen Posten⁷¹. Mitgliedern des deutschen Auswärtigen Amtes wie auch der Reichsregierung berichtete Schacht von seinen Begegnungen in sehr abfälligen Worten.

Der Eindruck, den Schacht selbst in den USA hinterließ, war gleichfalls nicht sonderlich günstig⁷². Roosevelt hielt ihn für arrogant und hatte offensichtlich Gefallen daran, William E. Dodd, dem neuernannten Botschafter in Deutschland, zu erzählen, wie er und Hull es verstanden hätten, Schacht einigen Wind aus den Segeln zu nehmen⁷³. Hull selbst erzählt in seinen Memoiren, er habe Schacht einfach und ungekünstelt gefunden und durchaus zugänglich. Wenn auch von dessen Schlaueit beeindruckt, äußerte sich Hull doch in der Folge zunehmend verärgert über die von Schacht betriebene Politik. Als Leon Frazer, der Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, ihm im September 1934 sagte, es habe „keinen Sinn, als Zaungast am Rande zu sitzen und Deutschland zu beschimpfen“, erwiderte Hull, er wäre durchaus bereit, seinen Stolz zu überwinden, wenn er überzeugt wäre, daß Amerikas Interessen damit gedient würde; „aber je länger er es mit den Deutschen zu tun habe und besonders mit Schacht, desto mehr überzeuge er sich von ihrer Absicht, keine ihrer Schulden anzuerkennen“⁷⁴. Nach Staatssekretär Phillips' letzter Unterredung mit Schacht am 12. Mai zog der Leiter der Westeuropa-Abteilung, Pierrepont Moffat, ihr Fazit mit den Worten, daß Schacht wieder einmal einen seiner Koller gehabt habe. „Bei aller Nachsicht, . . . er hat sich so unnachgiebig und anmaßend verhalten, daß bei seiner Abfahrt allgemeine Erleichterung herrschen wird.“⁷⁵ – Dieser erste persönliche Kontakt zwischen den beiden neuen Regierungen trug nichts dazu bei, ihre beginnende Entfremdung zu verhüten⁷⁶.

⁷¹ Notiz von Dieckhoff über ein Gespräch mit Schacht vom 21. Mai 1933, 9037/3508/E 632853-54; Auszug aus dem Protokoll der Kabinettsitzung vom 26. Mai 1933, Germany 1933, No. 262.

⁷² Schacht scheint keinen starken Eindruck auf Luther gemacht zu haben, der in seinen Memoiren schrieb, daß „niemals ein führender Mann des ‚Dritten Reiches‘ zu mir nach Washington kam“. Hans Luther, Politiker ohne Partei, Stuttgart 1960, S. 421.

⁷³ William E. Dodd Jr. und Martha Dodd (Hrsg.), *Ambassador Dodd's Diary*, New York 1941, Eintrag vom 16. Juni 1933, S. 4-5.

⁷⁴ Memorandum von Pierrepont Moffat vom 14. Sept. 1934, State Dept. 462.00 R 296/5865.

⁷⁵ Moffat Papers, Eintrag vom 12. Mai 1933, S. 96.

⁷⁶ Die vorliegende Arbeit des Verfassers ist durch ein Stipendium der Horace R. Rackham School of Graduate Studies der Universität Michigan gefördert worden. Die Übersetzung wurde im Institut für Zeitgeschichte von Dr. Ino Arndt hergestellt.